



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel

## Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen hat die Union ihre Ziele klar definiert und damit ihr Profil in der großen Koalition geschärft. So haben wir in der CSU und der CDU jeweils die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags beschlossen und wir sind uns darin einig, dass die Unternehmensteuer reformiert werden muss. Ziel ist es, Arbeitnehmer und Unternehmen zu entlasten, also diejenigen, die unseren Wohlstand erwirtschaften. Denn, nur wenn es unserer Wirtschaft gut geht, können unsere Unternehmen ausbilden und Arbeitsplätze schaffen und unsere Löhne und Gehälter werden weiter steigen.

Zu den richtigen Rahmenbedingungen für eine gute Wirtschaft gehört für uns neben der steuerlichen Entlastung aber auch die Investition in Zukunfts- und Schlüsseltechnologien, wie zum Beispiel Batteriezellfertigung und Künstliche Intelligenz (KI). Die Bundesregierung hat deshalb eine Strategie zur Förderung der KI in Deutschland entwickelt, über die wir diese Woche im Bundestag beraten haben. Die Strategie wird für die Bundesregierung einen Handlungsrahmen bilden, der von der Bereitstellung finanzieller Mittel bis zur rechtlichen und ethischen Einbettung der KI reicht und dabei immer den Nutzen für Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt.

**Herzliche Grüße**

**Hans-Peter Friedrich**

### Diese Woche

Künstliche Intelligenz: Strategie der Bundesregierung  
Eltern mit geringem Einkommen besser unterstützen  
Ägypten ist ein wichtiger Stabilitätsanker in Nordafrika

2  
3  
4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





## Standort Deutschland zukunftsfest machen

Auch 2019 - und damit schon das zehnte Jahr in Folge - ist die deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs. Damit befinden wir uns in der längsten Aufschwungphase seit 1966 und dies ist ein sehr gutes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Vor allem auf Grund veränderter außenwirtschaftlicher Bedingungen haben sich die Wirtschaftsprognosen des Vorjahres allerdings etwas eingetrübt. Dies sollte Ansporn genug für uns sein, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland weiter zu verbessern und in die Schlüsseltechnologien der Zukunft zu investieren.



<https://youtu.be/WX4FA1TILH4>

*„Das Einzige, was wirklich sinnvoll ist, ist sich zu konzentrieren bei den Ausgaben und Investitionen auf die Bereiche, auf die es ankommt: Entlastung der Bürger und der Unternehmen, Konzentration auf Schlüsseltechnologien auf Innovation.“*

Strategie der Bundesregierung

### Künstliche Intelligenz

Die Künstliche Intelligenz ist eines der wesentlichen Themen, die das Leben in der Zukunft stark verändern wird. Sie wird es einfacher und sicherer machen und so könnte z.B. schon bald das Gesicht oder der Gang eines Menschen als Ausweisersatz dienen oder auch bei der Jagd nach Kriminellen helfen; ein intelligenter Kühlschrank könnte uns anhand unserer Nutzergewohnheiten bei der Einkaufsplanung unterstützen und die Parkplatzsuche könnte mit Hilfe künstlicher Intelligenz zum Kinderspiel werden.

Mit der neuen Strategie zur Förderung der Künstlichen Intelligenz setzt die Bundesregierung einen Rahmen für eine ganzheitliche politische Gestaltung der weiteren Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz in Deutschland. Ziel ist es, Deutschland als Forschungsstandort für Künstliche Intelligenz zu stärken. So sollen beispielsweise 100 neue KI-Professuren sowie ein deutsch-französisches Forschungs- und Innovationsnetzwerk errichtet werden. Zudem soll die Förderung der Anwendung von KI in der Wirtschaft, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen vorangetrieben werden.

Bis einschließlich 2025 will der Bund insgesamt etwa 3 Mrd. Euro für die Umsetzung der Strategie zur Verfügung stellen. Durch die Bereitstellung finanzieller Mittel soll eine Hebelwirkung vor allem in Wirtschaft und Wissenschaft und den Ländern ausgelöst werden.

Hier geht's zur Strategie der Bundesregierung:

[https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Technologie/strategie-kuenstliche-intelligenz-der-bundesregierung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=8](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Technologie/strategie-kuenstliche-intelligenz-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=8)



## Eltern mit geringem Einkommen besser unterstützen

In erster Lesung haben wir das „Starke-Familien-Gesetz“ beraten, womit wir Eltern mit geringem Einkommen noch besser unterstützen und damit Kinderarmut zielgerichtet entgegentreten.

Geplant sind Erleichterungen, Erweiterungen und Anpassungen beim Kinderzuschlag, insbesondere eine Erhöhung auf 185 Euro bis zum Jahr 2021. Außerdem wollen wir erreichen, dass der Zuschlag im Zuge der Verwaltungsvereinfachung einheitlich für sechs Monate bewilligt und nicht mehr monatlich geprüft wird. Zusätzliches Erwerbseinkommen der Eltern soll den Gesamtkinderzuschlag nur noch zu 45 Prozent, statt bisher zu 50 Prozent, mindern.

Grundsätzlich sollen mehr Familien mit geringem Einkommen Zugang zu dieser Leistung erhalten. Auch über Verbesserungen im Bildungs- und Teilhabepaket tragen wir zur Stärkung von Familien bei, so etwa über die Anhebung des Betrags für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf von 100 auf 150 Euro pro Schuljahr.

Die Union wird sich im parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, noch weitere Vereinfachungen vorzunehmen. Zudem werden wir als Union uns dafür stark machen, dass Kinder aus Familien im Leistungsbezug künftig noch besser unterstützt werden, wenn sie in Vereinen aktiv sein wollen: Den Zuschuss von zehn Euro für Vereinsbeiträge wollen wir erhöhen.

## Fraktion beschließt Positionspapier “Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen”

Mit einem großen, in dieser Woche beschlossenen Maßnahmenpaket der Rechts- und Familienpolitiker nimmt die Unionsfraktion den Kampf für einen wirksameren Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen sexuellen Missbrauch auf.

In dem 26 Punkte umfassenden Positionspapier wurde herausgearbeitet, wie künftig Hilfesysteme für die Betroffenen ausgebaut, die Ermittlungstätigkeiten gestärkt, konsequente Strafverfolgung ermöglicht und Präventionsangebote gestärkt und ausgebaut werden sollen:

Wir brauchen eine Strafverschärfung für den Besitz von Kinderpornographie ebenso wie für den Tatbestand des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen. Geplant ist außerdem die Schaffung eines neuen Tatbestandes, der das Betreiben von Handelsplattformen etwa zur Vermittlung kinderpornografischen Materials im sogenannten Darknet unter Strafe stellt. Und schon der Versuch des sogenannten Cybergroomings – die Kontaktaufnahme pädokrimer Täter mit Kindern im Internet – soll künftig strafbar sein. Letzteres wurde bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, doch einen Gesetzentwurf ist das SPD-geführte Justizministerium bis heute schuldig.

Außerdem müssen wir klassische Ermittlungsmethoden fortentwickeln, um neuen kriminellen Handlungsmöglichkeiten im Internet zu begegnen. So führen wir Meldepflichten für Internet Service Provider bei Verdacht auf Kinderpornographie ein. Zusätzlich wollen wir eine Strafbarkeit für das Betreiben krimineller Infrastrukturen wie einer Darknet-Handelsplattform schaffen.



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

## Ägypten ist ein wichtiger Stabilitätsanker in Nordafrika

Afrika ist ein Kontinent der Chancen. Allerdings sind die politischen Verhältnisse in einigen Staaten durchaus fragil und dies macht es zuweilen schwierig, große politische Herausforderungen, die, wie z.B. die Migration oder der Klimawandel, alle betreffen, gemeinsam anzugehen.

Gerade im außerordentlich schwierigen nordafrikanischen Umfeld ist Ägypten ein wichtiger Stabilitätsanker. Umso wichtiger ist es, miteinander im Gespräch zu bleiben.

Im Gespräch mit einer ägyptischen Parlamentsdelegation mit hochrangigen Ausschussvorsitzenden. Auch die Oppositionsfraktion im ägyptischen Parlament war vertreten.



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

## Wie geht es weiter mit der großen Koalition?

Peter Brinkmann und Ewald König waren zu Gast in meinem Berliner Büro. Gesprächsthemen



waren u.a. das Verhältnis zwischen CDU und CSU, der Zustand und die Zukunftsaussichten der Großen Koalition, die Erwartungen an die neuen Parteivorsitzenden Markus Söder und Annegret Kramp-Karrenbauer und notwendige wirtschaftspolitische Weichenstellungen.

Abrufbar unter:

<https://www.hans-peter-friedrich.de/artikel/tv-berlin-talkshow-brinkmann-koenig>

### Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77493, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de, Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat